Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/711

04. 07. 77

Sachgebiet 7

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung über die Freizügigkeit des Waren- und Güterverkehrs

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

unter Hinweis auf die mündliche Anfrage betreffend den Waren- und Güterverkehr an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 19. April 1977 (Dok. 27/77),

in Kenntnis der Erläuterung dieser mündlichen Anfrage und der Antwort der Kommission [1]),

in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 132/77) —

1. stellt mit Besorgnis fest, daß an den Binnengrenzen der Gemeinschaft infolge verwaltungsmäßiger Hemmnisse der integrationspolitische Besitzstand in Frage gestellt und die weitere Verwirklichung des freien Waren- und Güterverkehrs – auf Schiene und Straße – im Gemeinsamen Markt behindert wird;

2. ist der Meinung, daß eine Reihe von bilateralen Verwaltungsabkommen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten bezüglich der Beförderung von Waren und Gütern das gute Funktionieren des Gemeinsamen Marktes beeinträchtigen und im Gegensatz zum Geist des EWG-Vertrags stehen;

   fordert die Kommission auf, die von einzelnen Mitgliedstaaten vorgebrachten Gründe für Verwaltungsabkommen gründlich auf ihre Vereinbarkeit mit den Normen des EWG-Vertrags zu überprüfen und auf diesem Hintergrund dem Rat Vorschläge zu Gemeinschaftsbestimmungen zu unterbreiten;

3. fordert im übrigen die Kommission auf, energischer der ihr vom Vertrag auferlegten Verpflichtung auf die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse nachzukommen; bemängelt in diesem Zusammenhang, daß die Kommission das Par-

[1]) ABl. EG Nr. C 216, April 1977, Verhandlungen des Europäischen Parlaments

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

lament bisher nicht ausreichend über die Schwierigkeiten unterrichtet, die sie bei der Durchsetzung vertragskonformer Lösungen bei einigen Mitgliedstaaten zu überwinden hat;

4. wünscht, von der Kommission einen Bericht über die Ergebnisse der in ihrer Antwort erwähnten Kontakte mit den betroffenen Regierungen von Ende 1976 bis April 1977 in nächster Zukunft zu erhalten;

5. verweist darauf, daß Wartezeiten bei grenzüberschreitendem Waren- und Güterverkehr enorme zusätzliche Kostenbelastungen für große Teile der europäischen Wirtschaft mit sich bringen, und daß in Zeiten hoher Inflationsraten gerade der Abbau solcher Belastungen wirtschaftliche Priorität haben müßte;

6. bedauert in diesem Zusammenhang, daß die Verwirklichung des Binnenmarkts erschwert wird, weil es unter anderem Rat und Regierungen an Willen mangelt, sich über eine gemeinsame Verkehrspolitik zu einigen;

7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung und den Ausschußbericht dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Regierungen und Parlamenten zu übermitteln.

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 00240736 – vom 28. Juni 1977